

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 356

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. Juni 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	34 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GP Beat Stingelin, Rolf Hohler, Chantal Jenny, Beatrice Künzli, Heinz Schiltknecht, André Stöckli, Erich Weisskopf
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl in die GPK: Thomas Vogelsperger, SP	2436
2.	Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007	2434
	- Präsidium	
	- 1. Vizepräsidium	
	- 2. Vizepräsidium	
	- zwei Stimmzähler	
	- zwei Ersatz-Stimmzähler/in	
3.	Interpellation von Kurt Lanz betr. „Einwohnerkontrolle“	2425
4.	Mutation Nr. 1 zum Quartierplan „FMC, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs, 2. Lesung	2422
5.	Mutation Nr. 2 zum Quartierplan „FMC“, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Wegfall des Bürogebäudes und Änderung des Perimeters, 2. Lesung	2423
6.	Rechnung 2005	2435
7.	Postulat von Stephan Ackermann betr. „Kompostiermöglichkeiten“	2432
8.	Postulat von Rolf Hohler betr. „Buswartehäuschen beim Interio“	2433
9.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Mandana Roozpeikar betr. „Kostenexplosion in der Sozialhilfe“
- Interpellation von Benedikt Schmidt betr. „Unklare Kompetenzzuteilungen im Gemeinderat“

Geschäft Nr. 2436**Ersatzwahl in die GPK für den Rest der Amtsperiode**

In stiller Wahl wird in die GPK für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: **Thomas Vogelsperger (SP)**

Geschäft Nr. 2434**Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007**

Brigitte Frei: Die FDP-Fraktion freut sich, Ihnen als Präsident Sigi Siegrist vorstellen zu dürfen. Er hat in verschiedenen Kommissionen wie GPK, Pratteln Mitte, Umweltschutzkommission etc. mitgearbeitet. In den letzten beiden Jahren konnte er Erfahrungen im Büro sammeln. Sigi Siegrist wohnt seit über 35 Jahren in Pratteln und kennt deshalb die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner gut. Als Schiedsrichter sorgt Sigi für Fairness und Einhaltung der Regeln. Genau diese Eigenschaften sind auch für das bevorstehende Amt sehr wichtig. Sigi, ich wünsche Dir viel Glück und viele Stimmen bei der Wahl.

Bei einem absoluten Mehr von 14 Stimmen wird mit 24 Stimmen als **Einwohnerrats-Präsident** für das Amtsjahr 2006/07 gewählt:

://: **Siegfried Siegrist (FDP)**

Siegfried Siegrist: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich bei allen, die mir ihre Stimme gegeben haben. Ich freue mich über das Vertrauen, das sie in mich setzen. Alle, die mich nicht gewählt haben müssen ein Jahr mit mir leben. Ich werde mich bemühen, den Rat effizient zu führen und die anstehenden Geschäfte zum Wohl von Pratteln zu bearbeiten. Dafür brauche ich die Unterstützung des Rates.

Petra Ramseier: Stephan Ackermann ist in Pratteln aufgewachsen und hat trotz seiner jungen 33 Jahre schon einige Jahre an politischer Erfahrung hinter sich. Seit 1998 ist er im Einwohnerrat und seit 2004 im Büro. Wir kennen ihn als engagierten Politiker, der sich für die Sache einsetzt und dafür kämpft. Er praktiziert dabei immer einen politisch fairen Stil. Nebst der Kommunalpolitik ist er auch als Synodale im kantonalen Kirchenparlament der reformierten Kirche tätig. Er ist Chemielaborant und als Teilzeit-Hausmann managt er den Haushalt mit grossem Engagement und Freude. Als Vater ist ihm die Gesellschafts- und Familienpolitik genau so wichtig, wie Umweltschutz und Bildung. Seine Führungsqualitäten kann er in allen genannten Bereichen immer wieder unter Beweis stellen. Wir empfehlen Stephan Ackermann als Vizepräsident.

Bei einem absoluten Mehr von 13 Stimmen wird mit 23 Stimmen als **erster Vizepräsident** für das Amtsjahr 2006/07 gewählt:

://: Stephan Ackermann (Unabhängige/Grüne)

Stephan Ackermann: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Urs Hess: Das zweite Vizepräsidium würde der SVP zustehen. Das ergäbe aber die spezielle Konstellation, dass zwei Mitglieder der SP Stimmzähler wären. SP und SVP haben sich darauf geeinigt, dass wir auf den Sitz verzichten, aber im nächsten Amtsjahr den 1. Vizepräsidenten mit Christian Schäublin stellen werden. In diesem Amtsjahr wird er als Stimmzähler amten.

Kurt Lanz: Ich finde es toll, dass es so unkompliziert geregelt werden konnte. Ich bitte Sie, Daniela Dürr die Stimme zu geben. Es ist aber klar so abgemacht, dass sie im nächsten Amtsjahr nicht mehr kandidieren und die SVP das erste Vizepräsidium übernehmen wird.

Bei einem absoluten Mehr von 15 Stimmen wird mit 28 Stimmen als **zweite Vizepräsidentin** für das Amtsjahr 2006/07 gewählt:

://: Daniela Dürr (SP)

Daniela Dürr: Vielen Dank, ich nehme die Wahl an.

In stiller Wahl werden als **Stimmzähler** für das Amtsjahr 2006/07 gewählt:

**://: Kalender Toklu (SP)
Christian Schäublin (SVP)**

In stiller Wahl werden als **Ersatz-Stimmzähler/in** für das Amtsjahr 2006/07 gewählt:

**://: Mauro Pavan (SP)
Chantal Jenny (SVP)**

Geschäft Nr. 2425

Interpellation von Kurt Lanz betr. „Einwohnerkontrolle“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2425 vom 27. März 2006

GR Max Hippenmeyer: 1. Bei wie vielen Einwohner/innen der Gemeinde Pratteln ist das Dossier auf der Einwohnerkontrolle nicht vollständig, d.h. wie viele Personen sind ohne Hinterlegung eines Heimatscheins oder anderer relevanter Dokumente (Familienbüchlein, Dienstbüchlein, usw.) angemeldet? Die Dossiers der EinwohnerInnen sind grundsätzlich vollständig. Alle EinwohnerInnen, die auf Grund einer Zivilstandsänderung oder Einbürgerung einen neuen Heimatschein beibringen müssen, werden von den Einwohnerdiensten regelmässig gemahnt. Früher war es üblich und vom Fachverband (Verband der Einwohnerkontrollchefs) auch so empfohlen, dass Prattler BürgerInnen, die auch hier wohnen, keinen Heimatschein zu hinterlegen haben. Dies wird jedoch schon seit längerer Zeit nicht mehr so praktiziert, wobei darauf verzichtet wurde, alle schon länger anwesenden OrtsbürgerInnen aufzufordern, einen Heimatschein zu beschaffen. 2. Wie konnte dies geschehen und wer trägt die Verantwortung

dafür? Eine Antwort erübrigt sich. 3. *Bis wann werden die Dossiers vervollständigt?* Eine Antwort erübrigt sich. 4. *Wie kann es sein, dass Personen, welche seit Jahren keinen Heimatschein hinterlegt haben und keinen Schriftenempfangsschein besitzen, bei politischen Wahlen teilnehmen können und Steuern bezahlen?* Grundsätzlich haben alle EinwohnerInnen einen Heimatschein hinterlegt und besitzen einen Schriftenempfangsschein. Wie bereits bei Frage 1 ausgeführt, besteht betreffend Heimatschein bei gewissen OrtsbürgerInnen eine Ausnahme. 5. *Wie waren die Zuständigkeiten in der Einwohnerkontrolle in den Jahren 2000 bis heute (zuständige Mitarbeiter, Vorgesetzte und zuständiger GR, nach Jahren aufgeschlüsselt)?* Bis zum Jahre 2000 waren die Einwohnerdienste Bestandteil der Abteilung EDV / Allgemeine Dienste. Seither sind die Einwohnerdienste Bestandteil der Abteilung Finanzen⁺ (dies wurde im Einwohnerrat mit der Vorlage 2043 am 13.12.1999 beschlossen). 6. *Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich die Pflicht zur persönlichen An- und Abmeldung? Oder soll durch diese Vorschrift lediglich die Neugier der Mitarbeiter der Einwohnerkontrolle auf Kosten der Einwohner/innen befriedigt werden?* Die Grundlage zur persönlichen An- und Abmeldung stützt sich auf das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt des Kantons Basel-Landschaft (SGS 111 vom 20.03.72, in Kraft seit 01.07.72). Eine Pflicht zur persönlichen An- oder Abmeldung wird in diesem Gesetz nicht explizit erwähnt. Das wird aber in Pratteln und in vielen anderen Gemeinden so praktiziert. 7. *Weshalb kann man sich in der Gemeinde Pratteln nicht online an- und abmelden wie in anderen Gemeinden (siehe Beilage)?* Aktuell bestehen die technischen Voraussetzungen dazu nicht und wir haben auch nicht die Absicht, diese in nächster Zeit einzurichten. Dies aufgrund der fehlenden Ressourcen, vor allem finanzieller Natur. An der persönlichen Anmeldung soll festgehalten werden und auf Wunsch hin werden Kundinnen und Kunden auch ausserhalb der Schalteröffnungszeiten bedient. 8. *Laut Aussagen von GR Max Hippenmeyer (Fragestunde ER 23.01.2006) würde der Gemeindepräsident bezüglich der Frage der Abgabe der Mietvertrags anders behandelt als Personen, die auf der Gemeindeverwaltung nicht bekannt sind. Wie ist diese Aussage mit dem verfassungsmässigen Anspruch auf Gleichbehandlung vereinbart? Gilt diese Aussage (bessere Behandlung) auch für weitere Personen? Wenn ja, für welche?* Es werden alle Personen gleich behandelt. 9. *Gilt diese Aussage auch für andere Tätigkeitsfelder der Gemeinde, welche?* Eine Antwort erübrigt sich.

Kurt Lanz verlangt Diskussion.

://: Mit grossem Mehr wird Diskussion beschlossen.

Kurt Lanz: Gemäss dem von Christine von Arx geführten E-Mail-Verkehr ist es tatsächlich nicht gut gelaufen betreffend Zurückschicken des Heimatscheines etc. Nach Aussagen von Max Hippenmeyer scheint dies jetzt aber in Ordnung zu sein und die Dossiers sind vollständig. Im Zeitalter von EDV bin ich betreffend Anmeldung anderer Meinung. Ich kann mir vorstellen, dass die elektronische An- und Abmeldung Ressourcen für andere Zweige in der Verwaltung erbeben könnte. Eine Installation der software könnte am Schluss kostengünstiger sein.

GR Max Hippenmeyer: Wir wollen die Personen ausdrücklich am Schalter sehen. Nicht aus Neugierde. Was den Mietvertrag betrifft, dann ist das nicht nur im Pratteln so. Es haben sich Leute in Pratteln angemeldet, ohne dass sie eine Wohnung oder einen Wohnsitz in Pratteln hatten.

Kurt Lanz: Im kantonalen Gesetz muss ein Wohnsitznachweis erbracht werden. Das kann mit dem Mietvertrag respektive mit einer Bestätigung des Vermieters geschehen. Aber letztendlich geht der Mietzins niemand etwas an und man darf mit vorhandenen Daten nicht fahrlässig umgehen. Zudem darf man keiner Person mit schweizerischer Staatsbürgerschaft eine Niederlassung verweigern.

Urs Hess: Der ganze Stein hat Karin mit der Fragestunde ins Rollen gebracht. Die Antworten von Max können nicht ganz stimmen. Es gibt Leute, die telefonieren und nichts hinterlegt haben. Mit dem Mietvertrag habe ich auch meine Probleme. Das geht in das Persönlichkeitsrecht und es gehört sich nicht, dass der Mietvertrag hinterlegt werden muss. Eine Bestätigung des Vermieters reicht aus.

Priska Forter: Ich habe jahrelang in Miete bei jemandem gewohnt, ohne dass mein Name im Mietvertrag gestanden ist. Das ist legitim und legal.

GR Max Hippenmeyer: Wir reden nicht von Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben viele Ausländer. Wir haben Erfahrungen gemacht und wir wollen uns versichern, dass die Leute auch tatsächlich hier wohnen. Urs Hess ist der erste der reklamiert, wenn sich ein Ausländer anmeldet, Sozialhilfe bezieht und wir dann feststellen, dass diese Person gar nicht hier ist. Wir wollen das einfach pragmatisch angehen. Die Miethöhe interessiert uns nicht.

Thomas Vogelsperger: Als ich in Pratteln gezügelt bin musste ich einen Mietvertrag beibringen. Das hat mich sehr befremdet. Das habe ich noch in keiner Gemeinde erlebt. Ein Mietvertrag gehört nicht auf die Gemeindeverwaltung.

Urs Hess: Man muss alle gleich behandeln. Ich nehme nicht an, dass es Leute im Einwohnerrat gibt, die keinen Schweizerpass haben.

Geschäft Nr. 2422

Mutation Nr. 1 zum Quartierplan „FMC, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs, 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 14. März 2006
- Bericht der BPK vom 15. April 2006

2. Lesung

Keine Wortbegehren

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der Mutation Nr. 1 zum Quartierplan "FMC, Gewerbeareal Grüssen" betreffend Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs zu.
2. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens (gemäss § 31 RBG) beauftragt.

Geschäft Nr. 2423

Mutation Nr. 2 zum Quartierplan „FMC“, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Wegfall des Bürogebäudes

und Änderung des Perimeters, 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 14. März 2006
- Bericht der BPK vom 15. April 2006

2. Lesung

Keine Wortbegehren

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der Mutation Nr. 2 zum Quartierplan "FMC, Gewerbeareal Grüssen" betreffend Wegfall des Bürogebäudes und Änderung des Perimeters zu.
2. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens (gemäss § 31 RBG) beauftragt.

Geschäft Nr. 2435

Rechnung 2005

Aktenhinweis:

- Rechnung 2005
- Bericht der RPK vom 7. Juni 2006
- Bericht der Revisionsstelle ROD vom 4. Mai 2006

GR M. Hippenmeyer: (mit Beamer-Präsentation). Zuerst möchte ich allen herzlich danken, die dafür gesorgt haben, dass die Rechnung heute vorliegt. Allen voran Philip Staub als Abteilungsleiter und allen Personen auf der Verwaltung. Der Dank gilt auch der RPK für die konstruktive Zusammenarbeit. Zur Rechnung: Mit einem Aufwand von CHF 65'318'598 und einem Ertrag von CHF 65'268'411 ergibt das einen Aufwandüberschuss von CHF 50'187. Das Ergebnis ist leicht schlechter als budgetiert. Für mich nicht sehr berauschend aber unter Würdigung aller Umstände kann ich es als zufrieden stellend bezeichnen. Einige Eckpunkte: Wir hatten eine strikte Budgetdisziplin und eine rigorose Kostenkontrolle in unserem Einflussbereich. Der Sachaufwand beträgt CHF 1'058'355 oder ist 10,5 Prozent tiefer als budgetiert. Aber die Sozialhilfekosten sind netto fast 1,6 Mio. Franken über dem Budget und mit knapp 5,7 Mio. Franken auf neuer Rekordhöhe. Das Budget war sicher zu ambitiös. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist leider nicht eingetreten. Dazu sind die Rückerstattungen um rund CHF 410'000 zurückgegangen. Der Finanzausgleich beträgt CHF 5,875 Mio. und ist etwas mehr als CHF 3 Mio. höher als budgetiert. Das ist erfreulich und hat uns geholfen, die Rechnung im Lot zu halten. Persönlich hätte ich lieber keinen Finanzausgleich. Nachzahlungen des Kantons für Miete und Unterhalt der Sekundarschulbauten bringen eine „Ergebnisverbesserung“ von fast CHF 602'000. Sachaufwand 2002 – 2005: Dieser liegt permanent unter dem Budget. Wir haben konservativ budgetiert und gewisse Vorhaben aufgrund fehlender Ressourcen zurück gestellt. Die Steuern: Die Steuereinnahmen betragen insgesamt rund 1.849 Mio. Franken oder 5,4 Prozent tiefer als budgetiert. Gesamthaft haben wir rund 32 Mio. eingenommen. Das ist rund 1 Mio. weniger als 2004. Eine Stagnation bei den Quellensteuern und ein Rückgang bei natürlichen Personen und juristischen Personen sind festzustellen. Wir hatten einen Abgang einer gewichtigen Firma und eine Zunahme der Erlasse / Abschreibungen um mehr als das Doppelte gegenüber dem Budget. Neu haben wir ein

Delkreder von 2.5 Prozent der Steuereinnahmen berücksichtigt. Das auf Wunsch der RPK. Der durchschnittliche pro-Kopf Steuerbetrag bei natürlichen Personen ist weiter rückläufig und beträgt CHF 1'561.— (im Vorjahr CHF 1'687.—). Die Verschuldung: Diese ist erfreulicherweise zurückgegangen und auch der Zinsaufwand beträgt noch CHF 86. Wir haben 2 Mio. langfristige Schulden zurückbezahlt. Auf der anderen Seite haben wir nach wie vor ein tiefes Zinsniveau. Die Liquidität ist gut. Dies wird sich aber nach Bezahlung der Vorhaben Dorfturnhalle und Kreisel ändern. Die Spezialfinanzierungen: Hier haben wir nach wie vor keine Probleme, mit Ausnahme der Abfallbewirtschaftung. GGA: Mehrertrag CHF 482'147. Der ganze Überschuss wurde in das Kapital eingelegt. Der Gemeinderat beabsichtigt im Budgetprozess über eine Gebührensenkung laut nachzudenken. Wasser: Mehrertrag CHF 73'048. Das liegt leicht unter dem Budget und wir hatten hier eine grössere Korrektur im Warenlager. Abwasser: Mehraufwand CHF 622'567. Das ist kein Problem und das Kapital beträgt nach wie vor 1.7 Mio. Abfall: Mehraufwand CHF 109'008. Das ist schon bedenklicher. Die Unterdeckung per 31.12.2005 beträgt CHF 265'744 oder CHF 17.80 pro Person. Eine Teilsanierung über die laufende Rechnung löst das Problem leider nicht. Falls Mehreinnahmen notwendig sind, ist eine Grundgebühr für den Gemeinderat nach wie vor eine ernsthafte und bessere Option, als eine Erhöhung der Sackgebühr. Die Investitionen: Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 3,558 Mio. wovon CHF 1,384 Mio. oder 39 Prozent vorfinanziert sind. Der Anteil der Spezialfinanzierungen beträgt rund CHF 1,879 Mio. Davon CHF 0,78 Mio. aus der Vorfinanzierung. Die Investitionen sind seit Jahren auf Sparflamme. Selbstfinanzierung: Die sieht nicht schlecht aus. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von knapp 100 Prozent. Unsere Vorhaben konnten wir mit eigenen Mitteln bestreiten. Das tiefe Investitionsvolumen spielt eine wesentliche Rolle. Das Eigenkapital: Die Konsolidierung läuft auf tiefem Niveau. Das Eigenkapital von CHF 1,86 Mio. lässt mit Blick auf das Budgetdefizit 2006 von CHF 770'000 auch für nächstes Jahr keinen Spielraum zu. Die Legislaturziel des Gemeinderates heisst: Das Eigenkapital soll in keinem Fall 1 Mio. Franken unterschreiten. Ein negatives Eigenkapital muss gesetzlich innerhalb von 5 Jahren abgetragen werden. Entwicklung Eigenkapital versus Sozialkosten: Es geht mir nicht um eine Polemik. Aber es ist eine Realität aufgrund der Bevölkerungsstruktur von Pratteln und der Wirtschaftslage. Die Bevölkerungsstruktur könnten wir ändern. Fazit: Handlungsspielraum ist nach wie kaum vorhanden. Wir können uns keine unnötige Vernichtung von Eigenkapital leisten gemäss dem Antrag 6.1. der RPK. Der Mut zu Reformen ist unabdingbar. Dabei denke ich an die Spezialfinanzierungen, die finanziell sehr gesund sind. Die Einbringung in eine gemeindeeigene AG wäre eine Vision und die Ablieferung einer Dividende an die Gemeindekasse wäre die Folge davon. Die strukturellen Probleme sind nach wie vor ungelöst und die Hoffnung auf Besserung durch einen Konjunkturaufschwung ist trügerisch und auch nicht verlässlich.

RPK-Präsident Christian Schäublin: Die RPK hat sich an fünf Sitzungen intensiv mit der Gemeinderechnung 2005 auseinandergesetzt. Ich danke den Kommissionsmitgliedern und Herrn Philip Staub für die konstruktive Zusammenarbeit. Zum Rechnungsergebnis verweise ich auf die Ausführungen im RPK-Bericht. Unerfreulich sind die steigenden Steuerabschreibungen. Um diesem Trend entgegen zu wirken haben wir den Antrag 6.3 formuliert. Wir wollen dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, die Verlustscheine effizienter zu bewirtschaften. Zur Spezialfinanzierung Abfall: Das Defizit ist um rund CHF 100'000 angestiegen. Die RPK hat bereits im August des vergangenen Jahres dem Gemeinderat verschiedene Vorschläge für die Sanierung der Abfallrechnung unterbreitet. Der Einwohnerrat ist mit einem Schreiben informiert worden. Aus der Sicht der RPK hat der Gemeinderat diese Vorschläge ungenügend geprüft und umgesetzt. Die Aufgabenstellung war klar. Es nützt aber nichts, wenn der Gemeinderat seine Hausaufgaben nicht macht. Der Gemeinderat forciert mit seiner Untätigkeit die Erhöhung der Sackgebühr oder die Einführung einer Grundgebühr, anstatt die sehr konkreten Massnahmen und Reformvorschläge rasch umzusetzen. Mit der Abschreibung von CHF 100'000 möchte die RPK eine Massnahme umsetzen.

Dieser Betrag ist finanziell verkraftbar. Wir empfehlen Ihnen auf die Rechnung einzutreten und den Anträgen der RPK Folge zu leisten.

Petra Ramseier: Wir sind schockiert über die Budgetierung des Gemeinderates im Bereich Sozialhilfekosten. Ein realistisches Budget wäre von Anfang an möglich gewesen. Wir danken für die geleistete Arbeit.

Thomas Vogelsperger: Auch wir verdanken die Arbeit der RPK. Die Abfallrechnung weist eine Unterfinanzierung von CHF 265'775 aus. Im Weiteren stellt die RPK fest, dass ihre Vorschläge für die Sanierung der Abfallrechnung zum grössten Teil vom Gemeinderat nicht umgesetzt wurden. Ich bitte den Gemeinderat, diese Vorschläge rasch zu überprüfen und wo möglich und nötig umzusetzen. Die RPK ist überzeugt, dass die Abfallrechnung mit ihren Vorschlägen saniert werden kann. Darum ist eine Erhöhung der Grund- und Abfallsackgebühren zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu diskutieren.

Philippe Doppler: Ich schliesse mich dem Votum von Thomas Vogelsperger an. Ich verstehe nicht, warum vom Gemeinderat nur die Sackgebühr und die Grundgebühr in Betracht gezogen werden. Es liegen andere Vorschläge vor.

Stephan Burgunder: Finanzausgleich sei Dank! Die Rechnung ist Vergangenheitsbewältigung. Viel wichtiger ist es, was wir in Zukunft anders und besser machen. Die FDP ist für Eintreten.

Gert Ruder: Ich gehe davon aus, dass Eintreten beschlossen ist.

ER-Präsident Werner Graber: Aufgrund der Voten ist Eintreten nicht bestritten worden. Wir führen keine Lesung durch und Fragen zur Rechnung können Sie jetzt stellen.

Gert Ruder: Zu den Kommentaren: Diese sollten eigentlich zur Klarheit beitragen. Aber sie sind eher „verbogen“ und konfus. Wir wünschen uns und bitten den Gemeinderat, dass in Zukunft Klarheit und konsequente Vergleiche im Kommentar angewendet werden und Äpfel mit Äpfel und Birnen mit Birnen verglichen werden. Einmal wird ein Vergleich Rechnung/Budget und dann wieder ein Vergleich Rechnung/Rechnung gemacht.

Brigitte Frei: Zum Budgetposten Sozialhilfe, Nr. 581.366: In den Erläuterungen wird diese Zunahme wie folgt kommentiert: „*Obwohl verschiedene Massnahmen eingeleitet wurden, konnten die sehr zuversichtlichen Budgetzahlen leider nicht erreicht werden.*“ Die massive Überschreitung hat die RPK bereits im Voranschlag 2005 befürchtet. Der damalige Erhöhungsantrag wurde abgelehnt, weil von Seiten des Gemeinderates gesagt wurde, dass man endlich Vertrauen haben soll. Welche Massnahmen sind eingeleitet worden?

GR Uwe Klein: Unmögliches wird bei uns sofort erledigt, Wunder brauchen etwas länger. Gegenüber dem Budget sind es 1.6 Mio. und gegenüber der Rechnung sind es 1.1 Mio. mehr. Am 1.1.2005 hatten wir 417 Fälle. Davon 15 von Augst. Am 31.12.2005 hatten wir 551 Fälle. Davon 12 von Augst. Das ist eine Steigerung von 27 Prozent. Das kann man nicht budgetieren. Ich verweise auf die Diskussion betreffend Mietverträge. Das können wir nur verhindern, wenn wir eine gewisse Strenge haben und wir das ein wenig steuern. Missverständnisse bei der Einwohnerkontrolle tun mir leid. Wir haben ein Sozialhilfegesetz mit Verordnung. Der Spielraum des Sozialdienstes und der Behörde ist sehr, sehr klein. Wir sind tatsächlich ein attraktiver Wohnort für die Menschen, die sozial „in den untersten Regionen existieren“. Alleinerziehende Mütter und Väter kommen sehr gerne in die Quartiere Längi, Aegelmatt, Gehrenacker und Rankacker. Dort gibt es billige Wohnungen. Zum Finanzausgleich: Diesen erhal-

ten wir, weil wir eine „sozial schwache“ Gemeinde sind. Die Sozialhilfekosten, die wir mehr bezahlen, erhalten wir zum Teil via Finanzausgleich wieder zurück. Zu den Massnahmen: Wir haben viele Massnahmen: Bei einem Teil der Sozialhilfeempfängern zahlen wir den Mietzins direkt an die Vermieter. Bei den anderen zahlen wir direkt an den Empfänger. Dieser ist selbst verantwortlich für die Bezahlung. Das heisst, dass der Vermieter vermehrt das Risiko selbst tragen muss und wir auch für die Vermieter nicht mehr attraktiv sein wollen. Wir haben auch Massnahmen betreffend Integration von Ausgesteuerten ergriffen. Wir haben jemanden organisiert, der bei Bewerbungsschreiben und Bewerbungen hilft. Viele Personen wissen gar nicht wie das geht. Es braucht seine Zeit und wir lösen das nur mittelfristig. Ich bin seit zwei Jahren im Gemeinderat und wenn sie auf der Verwaltung etwas umsetzen wollen, dann ist das nicht wie in einem Industriebetrieb. Es braucht seinen Weg, Beschlüsse müssen gefasst und die Mitarbeiter müssen informiert werden. Die Umsetzung ist nicht so einfach und da müssen alle Mitarbeiter „spuren“. Das ist aber nicht so einfach. Im Weiteren haben wir Wechsel im Sozialdienst gehabt und während der Einarbeitungszeit läuft nicht viel. So wie Sie sich das vorstellen, dass wir einfach Geld aus vollen Kassen verteilen, ist es nicht. Das können meine Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialhilfebehörde bestätigen. Wir haben sehr strenge Massstäbe und wir führen heftige Diskussionen in der Behörde. Der Spielraum der Behörde ist klein. 95 Prozent sind vorgeschrieben. Uns bleiben 5 Prozent Spielraum. Zur IV: Diese ist auch strenger geworden. Ein IV-Empfänger wird einer Prüfung unterzogen und sollte wieder arbeiten gehen. Und wer bezahlt? Die Gemeinde Pratteln. Es ist keine leichte Aufgabe und ich hoffe, dass Sie Verständnis haben. Eine genaue Budgetierung kann man gar nicht machen und uns sind die Hände gebunden.

Priska Forter: Seit vier Jahren diskutieren wir um eine Mio. mehr im Budget. Es ist klar, dass das Budget schlechter aussieht, aber letztlich müssen wir es bezahlen. Im ganzen Kanton hat man gewusst, dass es mehr sein wird. Dann muss man halt im Budget ehrlich sein.

GR M. Hippenmeyer: Wir bemühen uns, die Kosten so tief wie möglich zu halten. Es kann ja auch eine Zielsetzung sein, das Budget zu erreichen, auch wenn es ambitiös ist. Ich setze die Messlatte lieber höher an, mit dem Risiko, dass wir das Budget verfehlen.

Stefan Löw: Ich möchte den Gemeinderat auffordern, mit der Präsidentin der Sozialhilfebehörde von Reinach Kontakt aufzunehmen. Vielleicht kann sie Ansätze aufzeigen. Wir müssen eine Kehrtwendung versuchen und vom Gemeinderat muss ein fundierter Antrag kommen, welcher uns überzeugt. Dann können wir auch einer Stellenaufstockung zustimmen.

Kurt Lanz: Wenn die RPK sagt, dass viel zu wenig budgetiert worden ist, dann kann ich den Spiegel nur bei Vorliegen der Rechnung hervor nehmen. Wir führen keine Budgetdebatte aber ich bitte Sie, den Äusserungen von Priska Forter das nächste Mal Rechnung zu tragen.

Dieter Stohler: Es freut mich, dass ich vom Gemeinderatskollegium gehört habe, dass ein Spielraum bestehen würde. Es ist ein Märchen, wenn gesagt wird, dass alles zu hundert Prozent vorgegeben ist. Ich sage dem Gemeinderat, dass er diesen Spielraum ausnützen soll und das was möglich ist, in den Griff bekommt.

Beratung über die Anträge der RPK

GR M. Hippenmeyer: Antrag 6.1: Ich kann mit dem besten Willen den Sinn dieses Antrages nicht nachvollziehen und ich bitte Sie deshalb, ausnahmsweise Ihrer Kommission nicht zu folgen und den Antrag 6.1. abzulehnen. Sie wird das sicher nicht

tragisch nehmen. Dies aus folgenden Gründen: Mit einem solchen Transfer reduzieren wir unser Eigenkapital ohne plausiblen Grund um weitere CHF 100'000 und schränken unseren kleinen Handlungsspielraum in eigener Kompetenz weiter ein. Das bestehende Minuskapital in der Abfallbeseitigung kann über mehrere Jahre hinweg abgetragen werden und tut so niemandem weh. Wir feilschen im Budgetprozess jeweils um kleine und kleinste Beträge und streichen Posten um Posten. Beispiel Aufgabenhort. Und warum? Damit wir auf einen Schlag einfach CHF 100'000 Eigenkapital vernichten können. Eine solche Politik ist für mich nicht nachvollziehbar und auch nicht verantwortbar. Das Minus in der Abfallbewirtschaftung ist unter anderem entstanden, weil immer mehr Leute ihren Abfall wild entsorgen oder keine Marken auf den Sack kleben. Der Vorschlag eine Grundgebühr einzuführen bei gleichzeitiger Reduktion der Sackgebühr wäre eine Möglichkeit, diejenigen zu belasten, die bis jetzt nichts bezahlen. Die Ehrlichen werden dadurch nicht gross tangiert. Aber die Grundgebühr steht jetzt gar nicht zur Debatte. Der Gemeinderat überlegt sich noch andere Massnahmen. Die Vorgaben der RPK sind auf fruchtbaren Boden gestossen. Wir überlegen uns z.B. einen farbigen Sack (analog Bebbi-Sack), das rigorose Stehen lassen von Säcken ohne Gebührenmarken und die Einführung einer Konzessionsgebühr (bereits im Budget 2006 eingesetzt) etc. Der Gemeinderat nimmt die Vorschläge der RPK gerne auf, aber ein solcher Transfer vom rechten in den linken Hosensack ist weder nachhaltig noch sachdienlich und eigentlich gar nicht zulässig, da die Spezialfinanzierungen selbsttragend sein müssen. Ein solcher Raubzug auf unser Eigenkapital verursacht in absehbarer Zeit und kurzfristig erhebliche Probleme in unserer laufenden Kasse, löst jedoch das Abfallproblem nicht. Es wird dadurch keine einzige Marke mehr auf einen Sack geklebt und kein einziger Sack weniger wild entsorgt. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Wir alle wären die Leidtragenden und einfach „pleite“.

Urs Hess: Ich kann dem Antrag der RPK bestens folgen. Der Gemeinderat hat ganz klar die Aufgaben in der Abfallbewirtschaftung noch zu wenig fest an die Hand genommen. Eine Grundgebühr bedeutet noch mehr Steuern. Gegen das wehren wir uns mit aller Vehemenz. Es kann nicht sein, dass die ehrlichen Leute noch mehr betrogen werden. Man muss auch die Hausbesitzer in die Verantwortung nehmen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Olga Aeberhard: Diese Abschreibung bringt gar nichts und wir schliessen uns der Argumentation von Max Hippenmeyer an.

Stephan Burgunder: Wenn wir CHF 100'000 abschreiben und den Verlust von diesem Jahr dazurechnen, dann sind wir unter einer Mio. angelangt. Dann sind wir schon im 2007 Konkurs. Die Ausbuchung macht keinen Sinn und kommt einer Grund- oder Kopfsteuer gleich. Wir müssen dem Gemeinderat noch einmal die Chance geben, die RPK-Massnahmen umzusetzen. Wir haben nächstes Jahr noch einmal die Möglichkeit, über die Ausbuchung zu diskutieren. Die FDP lehnt den Antrag 6.1 ab.

Kurt Lanz: Die Kasse muss ins Lot gebracht werden. Nächstes Jahr haben wir vielleicht diese Möglichkeit nicht mehr. Im Schreiben der RPK wurden die CHF 100'000 bereits erwähnt. Ich bitte Sie, dem RPK-Antrag zu zustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Wir sind daran, die Massnahmen umzusetzen. In einem Punkt sind wir uns nicht einig, aber eine Differenzbereinigung hat nie stattgefunden. Die Umbuchung ist auch mit der Rechnung 2006 möglich. Es redet niemand von Steuererhöhung. Urs Hess verwechselt Steuern und Gebühren. Bei einer Gebührenreduktion beim Abwasser oder bei der GGA reklamiert niemand. Abfall hat nichts mit den Geldern der laufenden Kasse zu tun. Ich nehme die Kritik am Gemeinderat entgegen. Wir sind aber erwacht und nehmen den Finger heraus. Aber ich bitte Euch keine Experimente zu machen.

Priska Forter: Die Abfallkasse muss ja ausgeglichen sein. Wie lange ist die Frist für eine Ausglei chung?

GR Max Hippenmeyer: In den nächsten vier bis fünf Jahren kräht kein Hahn danach. Ich vermute, dass dies nur ein „Gingg“ an das Bein des Gemeinderates oder von mir persönlich ist.

Kurt Lanz: Ich will wissen, wann der Gemeinderat das an die Hand nimmt. Wie sieht der zeitliche Horizont aus?

GR Max Hippenmeyer: Wir sind jetzt daran und verschiedene Massnahmen sind in petto. Es läuft die Submission für einen neuen Vertrag. Es wäre sinnvoll, mit der RPK zusammen zu sitzen. Der Zeithorizont beträgt zwei bis drei Jahre.

Fredi Wiesner: Bringen wir die Abfallrechnung ohne Grundgebühr ins Lot? Denn eine Grundgebühr ist wieder eine Steuererhöhung. Bei der Einführung der Sackgebühr hätte die Gemeindesteuer gesenkt werden müssen.

GR Max Hippenmeyer: Du machst einen Überlegungsfehler. Steuern und Gebühren sind nicht dasselbe. Eine Grundgebühr heisst nicht, dem Bürger mehr Geld aus dem Sack zu ziehen, sondern ist eine mögliche Massnahme und heisst, einen vernünftigen Deckungsbeitrag anzustreben. Der Abfallwagen fährt auch dann, wenn nur ein Sack auf der Strasse steht. Es geht nicht darum, mehr Geld zu erhalten, sondern gerechter zu erhalten.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente hervorgebracht.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit 16 : 11 Stimmen und 7 Enthaltungen:

://: 1. Aus dem Verlust der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung werden zu Lasten der Einwohnerkasse CHF 100'000.— abgeschrieben.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen:

://: 2. Die Gemeinderechnung 2005 mit einem Verlust von CHF 150'187.27 (inkl. Spezialfinanzierungen) wird genehmigt.

Thomas Vogelsperger: Wir stellen folgenden Antrag: *„Die Verlustscheinverwaltung wird einem Inkassobüro übertragen. Die Ermächtigung wird auf zwei Jahre befristet. Der RPK wird nach zwei Jahren eine Erfolgskontrolle vorgelegt.“*

://: Der Ergänzungsantrag wird mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 3. Die Verlustscheinverwaltung wird einem Inkassobüro übertragen. Die Ermächtigung wird auf zwei Jahre befristet. Der RPK wird nach zwei Jahren eine Erfolgskontrolle vorgelegt.

Geschäft Nr. 2432**Postulat von Stephan Ackermann
betr. „Kompostiermöglichkeiten“**Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2432 vom 29. Mai 2006

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Ich verweise auf meine Antworten zu den Fragen von Olga Aeberhard vom 29. Mai 2006. Ich möchte noch eine Korrektur zum Protokoll vom 29. Mai 2006 anbringen. Dort steht: „*Dazu kommt eine Feldrandkompostierung mit rund 310 Tonnen, welche zu CHF 279.— pro Tonne verarbeitet wird.*“ Richtig sind rund CHF 90.— pro Tonne. Zum Punkt 3 im Postulat: In der Gemeinde Pratteln kann man seit rund 20 Jahren verschiedenes Infomaterial betreffend Kompostierung beziehen. Die Punkte 1 und 2 werden wir übernehmen. Im Laufe der Sommerferien werden wir im Rahmen eines Pilotversuchs einen Grüngutcontainer im Rankacker aufstellen.

Stephan Ackermann: Ich entnehme aus dem Votum, dass das Postulat bereits im Spätherbst wieder auf der Traktandenliste stehen wird. Der Wunsch für die Kompostierung ist in der Bevölkerung von Pratteln auf jeden Fall vorhanden.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion kann das Postulat unterstützen. Ein freies Unternehmen hat das bereits auf die Beine gestellt. Wir möchten aber ganz klar festhalten, dass dies nicht eine Gemeindeaufgabe werden darf. Dies auch im Hinblick auf die Abfallrechnung.

Urs Schneider: Die SVP-Fraktion sieht das anders. Es ist nicht so einfach, wenn das die Gemeinde organisieren soll. Die Biomassenvergärungsanlage läuft seit ein paar Wochen. Sie hat noch Kapazitäten aber betreffend Gasabgabe läuft es noch nicht so rosig. Die Feldrandkompostierung ist einiges günstiger. Das Einsammeln durch die Gemeinde würde die Abfallrechnung wieder stark belasten. Die Möglichkeit zur Entsorgung von Grünmaterial besteht. Wir haben eine Grünabfuhr und den Häckseldienst. Wir möchten das Postulat nicht überweisen.

Der Rat beschliesst mit 20 : 10 Stimmen und 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2433**Postulat von Rolf Hohler betr.
„Buswartehäuschen beim Interio“**Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2433 vom 29. Mai 2006

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Die Busroute im Rankacker wurde vor rund einem halben Jahr aus verschiedenen Gründen geändert. Das bestehende Wartehäuschen im Rankacker wird auf die Krummeneichstrasse gekehrt, sobald das neue, bereits bestellte Wartehäuschen auf der Gegenseite platziert wird. Es sind noch juristische Abklärungen betreffend Sponsoring im Gange. Wir sind bestrebt, innerhalb der nächsten 15 – 20 Jahre bei jeder Bushaltestelle ein Häuschen hinzustellen.

Urs Hess: In Vertretung von Rolf Hohler freut es mich, dass der Gemeinderat das richtig sieht. Damit wir die Leute nicht im Regen stehen lassen, bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen,

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Verabschiedung von Priska Forter

Der Einwohnerratspräsident verabschiedet Priska Forter nach 10-jähriger engagierter Tätigkeit im Einwohnerrat und verschiedenen Gremien. Als Präsent darf sie einen bunten Blumenstrauss entgegen nehmen. Anstelle des obligaten „Mörsers“ spendet Priska Forter den Gegenwert der Institution „Centro Educativo Yampu“ in Südamerika.

(Applaus)

Verabschiedung von Werner Graber als ER-Präsident

Stefan Löw: Als Präsident erwartet man die erste Sitzung mit grosser Spannung, aber ehe man sich versieht, ist das Präsidialjahr schon vorbei. Diverse Knacknüsse haben dich innerlich sicher zum Schwitzen gebracht. Es ist nicht einfach, den Einwohnerrat zu präsidieren, denn Pratteln unterliegt einem steten Wandel. Die politischen Diskussionen fallen doch oft sehr heftig aus, aber die positiven Erinnerungen bleiben. Im Namen der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte danke ich Dir, Deiner Frau und der ganzen Familie ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Die Sitzung in der Längi habe ich als Bereicherung empfunden und das darf durchaus wiederholt werden. Auch der Ausflug war super und wir werden Dein Präsidialjahr in bester Erinnerung behalten. Herzlichen Dank.

(Applaus)

Werner Graber: Ich möchte den Dank dem Rat zurückgeben. Mir hat sehr gut gefallen, dass in den Diskussionen die persönlichen Angriffe ausgeblieben sind. Wir müssen politisch faire und keine persönlichen Kämpfe austragen. Ich wünsche meinem Nachfolger Sigi Siegrist alles Gute.

(Applaus)

Die Sitzung wurde um 21.00 Uhr beendet.

Pratteln, 5. Juli 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Werner Graber Bruno Helfenberger